

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 20

Artikel: Falsche Gefahr und echtes Symptom
Autor: Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092786>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Christian Brüggers Kommentar zu den Wahlen in Polen

Falsche Gefahr und echtes Symptom

Noch bevor es in Russland zum akuten Machtkampf kam, war in Polen eine Wahlschlacht geschlagen worden, bei welcher das gleiche Aufbäumen restaurativer Kräfte stattfand, allerdings in geregelter Form. Der Osten kommt aus der Umbruchzeit nicht heraus, und dem Westen steht sie vielleicht noch bevor.

In Polen haben vorgezogene Parlamentswahlen stattgefunden, und die ehemaligen Kommunisten haben einen relativen Sieg errungen. Das ist passiert, nicht mehr und nicht weniger. Ein Zeichen ist es ganz gewiss. Es wird überschätzt und verengt, wenn man die «Gefahr» sieht, das gehabte System könne wieder im Kommen sein. Es wird unterschätzt und verwässert, wenn man es als zeitweilige Schwierigkeit auf dem vorbestimmten Gang zu Demokratie, freier Wirtschaft und kontinentaler Harmonisierung sieht. Das Ergebnis passt beängstigend gut in die diffuse, aber reale Gefahrenlage, in die Europa geraten ist. Und Polen ist wieder einmal geeignet, Symptom für mehr zu sein.

Die Wahl, nach einer Regierungskrise angesetzt, wird dadurch charakterisiert, dass die bisherige Regierungspartei der Demokratischen Union (UD) zu einer kleinen Minderheit degradiert worden ist. Sie wollte möglichst rasch zu einer freien Wirtschaft kommen und die Marktkräfte spielen lassen. Zum Beispiel sollte der Zloty selber zeigen, was er wert war, wenn es auf Angebot und Nachfrage ankam, und das Privatisierungsprogramm war darauf angelegt, defizitäre Sektoren entweder gewinnträchtig zu machen oder verschwinden zu lassen. Dergleichen gibt es nur in Annäherung und nie sofort, aber die Vorstellung, gut sei, was rentiere, lag dem zugrunde. Und sie hat sich politisch nicht rentiert.

Demgegenüber haben die ehemaligen Kommunisten und Prokommunisten vom Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), einer Koalition diesbezüglicher Nachfolger, unvermutet stark zugelegt und sind zur größten Partei geworden. Allerdings ohne kommunistischen

Das Ergebnis passt beängstigend gut in die diffuse, aber reale Gefahrenlage, in die Europa geraten ist.

Auch das Wahlplakat der Demokratischen Union von Hanna Suchocka konnte die Wähler nicht überzeugen.

Appell und höchstens mit einer Spur von kommunistischem Appeal. Sie möchten den wirtschaftlichen Reformprozess nicht abbrechen, sondern dämpfen und mit staatlichen Steuerungen den Opfern unter die Arme greifen.

Und diese nicht einmal alternative Gegenüberstellung hat genügt, die Wählerschaft umzuschichten. Das wird noch amplifiziert durch die überproportionale Siegerbelohnung bei der Mandatsverteilung, eine Normalität im parlamentarischen System und erst recht dort, wo es (wie eben in Polen) prozentuale Minima für eine Vertretung gibt.

Der Sejm zählt 460 Abgeordnete. Die jetzige Verteilung der Kräfte bei den Wählern und im Parlament sieht so aus:

Das Bündnis der Demokratischen Linken, SLD, erhält mit 20,6 Prozent der Stimmen gleich 173 Mandate.

Die Bauernpartei (PSL) 15,2 % und 128 Mandate.

Die geschlagene Demokratische Union (UD) 10,5 % und 69 Mandate.

Die Union der Arbeit (UP), eine sozialdemokratisch ausgerichtete Solidarnosc-Nachfolge 7,3 % und 42 Mandate.

Die Konföderation Unabhängiges Polen (KPN), patriotisch inspiriert, 5,7 % und 24 Mandate.

Der Reformblock BBWR, eine von Walesa angeregte Gruppierung, 5,3 % und 20 Sitze.

Daraus regierungsfähige Mehrheiten zu bilden ist die Aufgabe der unmittelbaren Zukunft, und Präsident Lech Walesa steht mit seinen Präferenzen fast verlassend da.

Die Niederlage der UD gibt den demokratischen und liberalen Kräften Anlass zur Besorgnis. Dafür haben sich Befürchtungen anderer Art nicht erfüllt. Nationalistische und rassistische Gruppierungen sind unter den 5 Prozent geblieben und haben keinen Einzug ins



Fortsetzung Seite 6



Der Parteilvorsitzende des Bündnisses der Demokratischen Linken, Aleksander Kwasniewski, und seine ehemaligen Kommunisten haben das Rennen gemacht.

Parlament geschafft. Die KPN ist der polnischen Tradition treu, national, aber nicht extremistisch, und auch so noch ist sie weit davon entfernt, eine Massenpartei zu werden. Der Sejm in seiner jetzigen Zusammensetzung ist nicht die schlimmste aller möglichen Varianten.

Das gilt auch für die vermeintliche Hauptfrage nach dieser Wahl: Kommen die Kommunisten wieder, und geht es zurück Richtung altes System?

Unter den osteuropäischen Ländern hatte Polen die Abkehr von der sowjetisch diktierten Ordnung am längsten geübt, in dramatischen Momenten und im Alltag. Sogar seine führenden Kommunisten der damaligen PVAP übten seit 1956 ihre stellvertretende Diktatur eigentlich immer cum grano salis aus, realistisch auf den grossen Bruder bezogen, opportunistisch auf den eigenen Vorteil bedacht, minimalistisch auf den «eigenen polnischen Weg» erpicht. Als Genossen gaben sie nicht viel her, und kommunistische Kommunisten gab es in Polen noch weniger als anderswo.

Wie wenig, das zeigte sich jeweils, wenn wieder einmal eine Volksbewegung auf sowjetisches Geheiss gewaltsam niedergedrückt worden war. Anders als anderswo wurde der kommunistische Rechtfertigungsjargon gar nicht erst versucht. Man beging nicht einmal offiziell einen Sieg über die Konterrevolution oder den

amerikanischen Imperialismus, sondern sprach von der Notwendigkeit, die geographischen Realitäten zu berücksichtigen und dergleichen. Das war mit der Sprachregelung der damaligen westlichen «Realpolitiker» durchaus vereinbar. Die führenden Parteileute nutzten das System, ohne es gut zu finden. Für dessen Rehabilitierung fehlt schon der Ansatzpunkt.

Hinzu kommt, dass die Nachfolgegruppierungen der Kommunisten höchstens eine selektive Kontinuität zur damaligen PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei = KP) haben. Hauptbestandteil des SLD ist die «Sozialdemokratie» (SdPR), und die vereint vornehmlich ehemalige Reformkommunisten, das heisst Leute, die ihre Wünsche nach Systemveränderung unter marxistischen Begründungen vorzutragen pflegten. Die Anhänger bolschewistischer Machtstrukturen haben sich entweder auf die Grüppchen verteilt, die den Einzug in den Sejm nicht geschafft haben, oder sie schmolten irgendwo vor sich hin. Sie mögen die Restaurierung des geübten Systems wünschen, aber zur Bewerkstelligung taugen sie nicht. Es hat ausgespielt.

Natürlich gibt es vom früheren System noch eine andere Hinterlassenschaft: den Filz. Aber die Beziehungsgeflechte zum gegenseitigen Vorteil sind von System zu System übertragbar; sie sind Pa-

«Runder Tisch» am SOI

Seit einiger Zeit haben wir am Schweiz. Ost-Institut Gespräche am «Runden Tisch» institutionalisiert, in denen wir aktuelle politische, wirtschaftliche und kulturelle Zeitfragen erörtern. Die Diskussionen finden jeweils mittwochs der ungeraden Wochen um 9.30 Uhr im SOI, Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern, statt. Auskünfte über Themen und genaue Daten erteilt unser Sekretariat, Tel. 031 351 12 12

rasiten jeglicher Ordnung. Wem es nur darauf ankommt, braucht sich nicht an eine kommunistische Nachfolgegruppierung zu halten, und die alten Seilschaften können heute durchaus überparteilichen oder ausserparteilichen Charakter haben. Sie haben früher den Sozialismus diskreditiert, und heute diskreditieren sie die Demokratie. Ordnungsschaffend sind sie nicht; aus Kletten gibt es keine Bäume.

Nein, der relative Wahlsieg der ehemaligen Genossen und Anhängsel dreht das Rad nicht zurück. Aber er könnte, wie viele Holperstösse dort und anderswo, einen Achsenbruch signalisieren.

Die Geschichte hat nicht das gehalten, was man sich 1989 von ihr versprochen hat, speziell im Osten, aber nicht nur dort. Und wenn man das Wahlergebnis in Polen nicht als Nostalgie für die kommunistische Sache sieht, sondern als Ausdruck des Missmuts angesichts der realen Gegenwart, kommt man auf Parallelen hüben und drüben. Dann sind die polnischen Wahlen nicht zuletzt Symptom für etwas, was uns alle angeht. Unterschiedlich von Land zu Land sind bloss die politischen Gruppierungen, die den Unmut sammeln. Der Unmut wiederum hat von Land zu Land spezifische Gründe. Und dazu den gemeinsamen Nenner einer Zeit, die ihren Umbruch noch lange nicht beendet hat. ■

Sie haben früher den Sozialismus diskreditiert, und heute diskreditieren sie die Demokratie.